



26.06.2013

Politik

Kleine Kinder leben nun in „Lüttefehn“

Rat für Friedrichsfehner Namensvorschlag – Auch Satzung über Kindergartengebühren angepasst

Die Grünen stimmten gegen beide Beschlüsse, weil die Themen im falschen Fachausschuss beraten worden seien. Der Grüne Uwe Martens und Bürgermeisterin Lausch diskutierten kontrovers.

[Doris Grove-Mittwede](#)

Edeweicht Mit großer Mehrheit hat der Edeweichter Rat einem Namensvorschlag gebilligt, für den sich die Mitarbeiterinnen der neuen Friedrichsfehner Krippe und Eltern von Krippenkindern ausgesprochen hatten. Die kommunale Einrichtung wird künftig „Lüttefehn“ heißen.

Mehrheitlich stimmte der Rat auch für eine Satzungsänderung über die Gebühren der kommunalen Kindergärten. Wie [Kerstin Borm](http://www.nwzonline.de/person/born,kerstin) vom Familienbüro ausführte, zahlten Eltern für den Kindergartenbesuch ihrer Söhne und Töchter jährlich Gebühren. Wolle man die Extrabetreuung während der Ferien im Hort nutzen, fielen Extragebühren an. Seit 2007 müssten Eltern keine Gebühren mehr für den Besuch des letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung entrichten, gleichwohl sei für die Nutzung des Ferienhorts Geld zu bezahlen. An diese gängige Praxis werde nun die Satzung über die Gebühren für die Benutzung der kommunalen Kindergärten angeglichen.

Die fünf Grünen stimmten gegen beide Beschlüsse. Wie Grüne-Ratsherr [Uwe Martens](http://www.nwzonline.de/person/martens,uwe) ausführte, seien beide Themen im falschen Fachausschuss beraten worden. Diskutiert worden sei sowohl über die Namensgebung der Friedrichsfehner Krippe als auch über die Satzung für die Kindergartengebühren im Fachausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Senioren. Der zuständige Fachausschuss sei jedoch der Kinder- und Jugendausschuss, dem neben Ratsmitgliedern besondere Vertreter aus dem Kinder- und Jugendbereich angehörten. Kinder und Jugendliche, so Martens, seien vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und von einer solchen Entscheidung, den falschen Ausschuss beraten zu lassen, ginge ein negatives Signal aus. Durch eine solche Entscheidung würden auch Beteiligungsrechte unterlaufen. Außerdem könne durch die Beliebigkeit der Beratungen von Themen, deren Ausschusszuordnung letztendlich Bürgermeisterin Lausch verantwortete, leicht Chaos entstehen und das gelte es zu verhindern.

Bürgermeisterin [Petra Lausch](http://www.nwzonline.de/person/lausch,petra) entgegnete darauf, dass im Edeweichter Rathaus weder nach beliebigen Kriterien entschieden werde und noch dass es Chaos gäbe. Vielmehr habe man nach einer Lösung gesucht, über beide Themen öffentlich zu beraten, obwohl keine Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses angestanden habe. Man hätte beide Themen auch (nicht öffentlich) direkt im Verwaltungsausschuss diskutieren können. In Absprache mit den Ausschussvorsitzenden sei die Entscheidung gefallen, beide Themen im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Senioren beraten zu lassen.